



IMAGEBROKER / INTERFOTO

Verkehr ADAC gegen Dobrindts Maut

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) ist mit dem Versuch gescheitert, den größten Automobilklub des Landes von seinem Projekt einer Ausländermaut zu überzeugen. ADAC-Präsident August Markl schreibt in einem Brief an Dobrindt und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), die Einführung einer Pkw-Maut bleibe „eine unnötige Entscheidung“. Das Projekt lasse „viele kritische Fragen offen“ und werde „fachlich sehr kontrovers und öffentlich mit großer Unsicherheit“ debattiert. Es unterliege mit Blick auf die Einnahmeprognosen „erheblichen Unsicherheiten“.

Der ADAC hat den Verkehrswissenschaftler Ralf Ratzberger erneut beauftragt, die Nettoeinnahmen zu kalkulieren. Auch wenn es noch keine endgültigen Er-

gebnisse gebe, so Markl, zeichne sich bereits ab, dass die Einführung „keine relevanten Zusatzeinnahmen erwarten lässt oder möglicherweise sogar mit einem Minusgeschäft gerechnet werden muss“. Dobrindt geht offiziell davon aus, dass seine Ausländermaut unter dem Strich Einnahmen von 524 Millionen Euro im Jahr einbringt. In seiner Prognose hat der Verkehrsminister bereits berücksichtigt, dass er sich gegenüber der EU-Kommission verpflichten musste, moderne Fahrzeuge der Schadstoffklasse Euro 6 bei der Kfz-Steuer stärker zu entlasten als ursprünglich geplant. Für den Fall, dass dieser Euro-6-Effekt stärker ist als veranschlagt, muss Dobrindt Mindereinnahmen bei der Kfz-Steuer aus seinem Haushalt „vollständig kompensieren“. Das hatte Finanzminister Schäuble bei der sogenannten Ressortabstimmung des Gesetzentwurfs in dieser Woche durchgesetzt. bbl

Fall Albakr „Nicht gerüstet“

Fehleinschätzungen, Kommunikationsprobleme und persönliche Fehler haben zu den Pannen bei der missglückten Festnahme des mutmaßlichen IS-Terroristen Jaber Albakr im Oktober 2016 in Chemnitz geführt. Zu dem Schluss kommt eine Expertenkommission unter Leitung des einstigen Bundesverfassungsrichters Herbert Landau. So sei das Landeskriminalamt (LKA) Sachsen weder „strukturell noch personell für einen derartigen Einsatz gerüstet“ gewesen, heißt es in dem vertraulichen Abschlussbericht für die sächsische Staatsregierung. Obwohl laut Bundeskriminalamt von Albakr eine „konkrete Gefahr für Leib und Leben von Zivilpersonen“

ausging und das Amt die Gefährdungslage so hoch wie niemals zuvor eingestuft hatte, sah der verantwortliche Polizeiführer keine „Gefahr eines Anschlags“, sondern stufte den Einsatz lediglich als „Festnahme eines mit Sprengstoff bewaffneten Tatverdächtigen“ ein.

Dem Bericht zufolge hätte das LKA „nachdrücklicher um Unterstützung“ durch Polizeikräfte aus Bund und Ländern bitten können. „Dies hätte allerdings vorausgesetzt, dass man bei den sächsischen Sicherheitsbehörden die Lage zutreffend beurteilt hätte, was erkennbar nicht der Fall war.“ Das LKA Berlin hatte den sächsischen Kollegen am Abend vor dem Einsatz „zwei mobile Einheiten zur Unterstützung“ angeboten. Die Sachsen lehnten ab. kno, mba

Bundestagswahl CSU will mit Guttenberg werben

Karl-Theodor zu Guttenberg wird für die CSU im Bundestagswahlkampf auftreten. Er habe zugesagt, für mehrere große Kundgebungen nach Bayern zu kommen, hieß es aus München. Der Exverteidigungsminister, der in den USA lebt, hatte sich Anfang der Woche mit CSU-General-

sekretär Andreas Scheuer zu einem zweistündigen Gespräch in einem Münchner Restaurant getroffen und die Details seines Engagements für die Partei besprochen. Um ein Bundestagsmandat will sich Guttenberg aber nicht bewerben. Er wolle niemandem den Platz wegnehmen, sagte er Scheuer. Guttenberg war 2011 zurückgetreten, weil seine Doktorarbeit als Plagiat entlarvt worden war. ran

Suizid eines Polizisten Soko „Reichsbürger“ ermittelt

Der Selbstmord eines Beamten des Spezialeinsatzkommandos (SEK) Nordbayern war möglicherweise eine Reaktion auf den Tod eines Kollegen, der im Oktober bei einem Einsatz in Georgensgmünd von einem „Reichsbürger“ erschossen worden war. Der 45-jährige SEK-Beamte war bei dem tragischen Einsatz dabei und trug sogar Mitverantwortung.

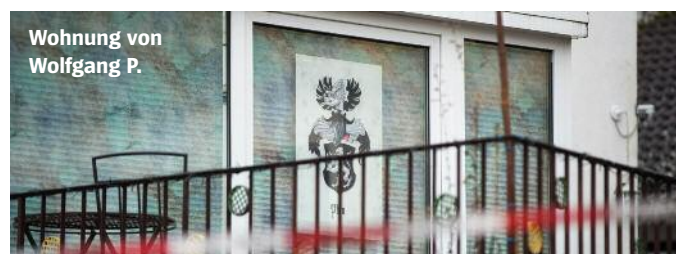
Die Ermittlungen der Kriminalpolizei Schwabach zum

Fall des „Reichsbürgers“ Wolfgang P. hatten ergeben, dass dieser Chatkontakte zu einem 50-jährigen Kommissar hatte. Der Beamte war deswegen suspendiert worden, gegen ihn wird ermittelt. Er habe damit rechnen können, dass P. bei dem Poli-

zeieinsatz die Waffe gegen Kollegen richten würde, und hätte davor warnen müssen, so der Vorwurf.

Offenbar kurz nachdem die Ermittlungen intern bekannt geworden waren, erschoss sich der SEK-Beamte vergangenen Freitag in der

Nähe seiner Dienststelle in Nürnberg in seinem Auto. Die Polizei geht nun offenbar Hinweisen nach, der Suizid könnte mit dem Einsatz in Georgensgmünd zusammenhängen. Der suspendierte Kommissar soll enge private Kontakte zu einigen SEK-Kollegen gepflegt haben. Nachdem das Handy des toten SEK-Beamten gefunden wurde, seien die Ermittlungen zu dem Selbstmord an die Soko „Reichsbürger“ abgegeben worden, heißt es in Ermittlerkreisen. Staatsanwaltschaft und Polizei schweigen zu dem Fall. cnm



DANIEL KARMANN / DPA